

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster

Gronau/Münster/Bonn, 8. März 2017

Neue Uranmüll-Lagerhalle in Gronau:

- Düsseldorf rechnet mit Inbetriebnahmeantrag bis Juni 2017

- Anti-Atomkraft-Initiativen warnen vor "oberirdischem Uran-Endlager"

- Protest in Gronau: Fukushima-Mahnwache und Ostermarsch

Das NRW-Wirtschaftsministerium als Atomaufsicht rechnet damit, dass der Gronauer Urananreicherer Urenco noch im ersten Halbjahr 2017 die Inbetriebnahme der bundesweit ersten Uranmüll-Lagerhalle für 60 000 Tonnen Uranoxid beim Land NRW beantragen wird. Dieser Antrag werde dann "Sachverständigen zur Prüfung vorgelegt". "Im Zuge der Inbetriebnahmeprüfung werden insbesondere aufgrund der Zuständigkeitsverordnung Arbeits- und technischer Gefahrschutz (ZustVO ArbtG) und der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) die Bezirksregierung Münster, der Kreis Borken, die Stadt Gronau und die Feuerwehr Gronau am Verfahren beteiligt und angehört," teilte das Wirtschaftsministerium jetzt dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen auf Anfrage mit. Ursprünglich hatte die Uranmüll-Lagerhalle schon 2014 in Betrieb gehen sollen.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordern von der NRW-Landesregierung sowie von allen am Inbetriebnahmeverfahren beteiligten Behörden und Gremien eindringlich, die Inbetriebnahme der neuen Uranmüll-Lagerhalle in Gronau zu verhindern. Die Einlagerung des Uranoxids – das nach einer Umwandlung aus dem radioaktiven Abfall der Urananreicherung entsteht – ist nämlich zeitlich unbefristet beantragt. Damit droht in Gronau die Entstehung eines oberirdischen Endlagers, weil der Betreiber Urenco bislang nicht verpflichtet wurde, für eine zukünftige sichere Entsorgung der atomaren Abfälle aus der Urananreicherung zu sorgen.

"Wir fordern die Aufhebung der Genehmigung für die Uranoxid-Lagerhalle von 2005. Die Uranabfälle sind den Tatsachen entsprechend eindeutig als Atommüll einzustufen und dementsprechend zu behandeln. Zeitgleich muss die Urananreicherungsanlage sofort stillgelegt werden, um nicht täglich neuen Atommüll zu produzieren. Nur so kann am Standort Gronau eine Verschärfung des Atommüllfiaskos verhindert werden – die Zeit drängt," forderte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und AKU Gronau.

"Bund und NRW müssen Stilllegungsfahrplan für UAA Gronau vorlegen"

Das NRW-Wirtschaftsministerium bestätigt in dem Schreiben auch, dass das Bundesumweltministerium "noch in diesem Frühjahr rechtsgutachterlich die Voraussetzungen einer Schließung der Urananreicherungsanlage untersuchen" lassen werde.

"Der erste Schritt ist getan, doch NRW und das Bundesumweltministerium müssen nun umgehend einen verbindlichen Stilllegungsfahrplan für die Urananreicherungsanlage in Gronau vorlegen. Wer aus der

Atomenergie aussteigen will, darf nicht länger das Uran für den Betrieb zahlreicher Hochrisikoreaktoren in aller Welt – z. B. in Belgien, Frankreich und der Ukraine – anreichern lassen," so Christina Burchert vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

11.3.: Fukushima-Mahnwache Gronau

14.4.: Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage Gronau

Für den jetzigen Samstag, 11. März, ruft der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau zur Teilnahme an einer Mahnwache von 12 bis 13 Uhr in der Fußgängerzone von Gronau (Neustraße, Höhe Antoniuskirche) zum sechsten Jahrestag des Beginns der Reaktorkatastrophe von Fukushima auf. Urenco hatte bis 2011 auch den Fukushima-Betreiber Tepco mit angereichertem Uran beliefert.

Am Karfreitag, 14. April, wird es in Gronau erneut einen überregionalen Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage geben. Startpunkt ist um 13 Uhr am Bahnhof in Gronau.

Weitere Infos:

www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de, www.ostermarsch-gronau.de

+++++ +++++ +++++

Aktion gegen Urantransporte am Gronauer Bahnhof, 19.02.2017

